„mittleren Stand“, bei dem der deutsche Bauer bestehen kann, und der deutsche Konsument hat dann das beruhigende Gefühl, daß er nur nationales Fleisch ißt und so der deutschen Landwirtschaft auf die Strümpfe hilft. So erklingen jetzt die Locktöne der agrarischen Beschwichtigungsräte. Aber sie werden bei den Volksmassen, die jetzt infolge der Fleischteuerung den Schmachtriemen enger schnallen müssen, kein Glück haben. Denn es gehört nicht viel Verstand dazu, um aus dieser Argumentation zu erkennen, daß die Agrarier eine erhebliche Steigerung des Fleischpreises über den Weltmarktpreis wollen. Und was die Fähigkeit der deutschen Landwirtschaft zur Versorgung Deutschlands mit Fleisch anbelangt, so hatte sie, wenn sie nicht bloß ein Märchen ist, schon längst sich offenbaren müssen, denn wir haben schon seit Jahren verhältnismäßig hohe Fleischpreise.

Mit aller Energie muß jetzt die Oeffnung der Grenzen für lebendes Vieh gefordert werden. Zugleich aber muß ebenso energisch Sturm gelaufen werden gegen den Hungertarif, denn fällt auch die Grenzsperre, so drohen die entsetzlich hohen Viehzölle des Tarifs doch sofort wieder die Pforte zu schließen, die dem ausländischen Fleisch aufgethan wurde. Der Kampf gegen den Fleischwucher muß so ein Teil unseres großen Kampfes gegen den Hungertarif sein.

Politische Uebersicht.

Ein sehr freundlicher Herr.

Ein sehr freundlicher Herr ist offenbar der Genossenschaftssekretär und freisinnige Reichstagsabgeordnete Dr. Hans Crüger. Das beweist folgender Vorfall: Man erinnert sich, daß letzthin die Deutsche Genossenschaftsbank Soergel, Parrisius & Komp. in Berlin, (deren enge Beziehungen zum deutschen Freisinn man daraus ersehen kann, daß sie die regelmäßigen Börsenberichte der Freisinnigen Zeitung liefert) genötigt war, die Einbuße von etwa 3—4 Millionen Mark an faulen Industriegründungen einzugestehen. Die Leitung der Bank ist mit Recht in der Presse stark getadelt worden, daß sie mit dieser Nachricht bis unmittelbar vor dem Zusammentritt der Generalversammlung zurückgehalten habe. Man durfte deshalb annehmen, daß dem Vorstand sowohl als auch dem Aufsichtsrate in der Generalversammlung ganz gehörig der Kopf gewaschen werde und daß vor allem etwaige Regreßansprüche festgestellt und mit aller Entschiedenheit verfochten werden würden.

Das scheint auch die Ansicht des Herrn Dr. Crüger zu sein, und er erbietet sich deshalb **zur Vertretung von Aktionären auf der Generalversammlung.**

Dieses so überaus freundliche Anerbieten vermögen wir nur deshalb nicht recht zu würdigen, weil Herr Hans Crüger **selbst dem Aufsichtsrate der Deutschen Genossenschaftsbank angehört.** Wer ihm die Vertretung seines Aktienbesitzes überträgt, macht ihn damit zum Richter in eigner Angelegenheit, macht den Bock zum Gärtner. Herrn Dr. Hans Crüger, dessen fanatische Gegnerschaft gegen eine wirklich fortschrittliche Konsumvereinsbewegung ihn in den Reihen der Arbeiterschaft unangenehm bekannt gemacht hat, scheint das Bedenkliche seiner Handlungsweise nicht zum Bewußtsein zu kommen; deshalb wird es gut sein, die öffentliche Aufmerksamkeit auf sein „freundliches Anerbieten“ zu lenken. Inwieweit dieses geeignet ist, seiner genossenschaftlichen Schutztruppe aus dem Lager des deutschen Freisinns die Augen zu öffnen, lassen wir einstweilen dahingestellt. Darüber wird uns ja der Genossenschaftstag in Kreuznach unterrichten!

Sehr boshaft ist übrigens die Kreuzztg., die also schreibt:

Wir wollen abwarten, wie Dr. Crüger die Interessen seiner Auftraggeber in der Generalversammlung vertritt. Warum sollte es undenkbar sein, daß er selbst den Antrag stellt, den Aufsichtsrat für den Verlust in Anspruch zu nehmen? Es wäre ja die einfachste Lösung der ganzen „Aufsichtsratsfrage“, wenn alle Aufsichtsratsmitglieder dem Beispiele der Baron Cohnschen Erben folgten und freiwillig für allen Schaden aufkämen, den die zu beaufsichtigenden Direktoren den Aktionären, Beamten und Gläubigern der Gesellschaft zufügen. Und da Dr. Crüger als Politiker gegen die Verschärfung der Staatsaufsicht bei Geldinstituten einzutreten pflegt, so erwarten wir eigentlich mit Bestimmtheit, daß er hier die Initiative ergreifen wird, um das Recht der Aktionäre gegen die launenmegefärtigen Aufsichtsräte (sich selbst einbegriffen) durchzusetzen. Vielleicht hat er es innerhalb des Aufsichtsrates schon versucht, und es ist ihm fehlgeschlagen. Dann wäre es vom demokratischen Standpunkte aus nur korrekt, wenn er sich jetzt an die Spitze der Aktionäre stellte, um den Aufsichtsrat zur Verantwortung zu ziehen.

Damit wollen wir aber doch nicht gerade den Aktionären empfehlen, Herrn Dr. Crüger ihr Mandat zu geben. Die Welt ist zu schlecht, und selbst unter freisinnigen Aufsichtsräten sind die Catos nicht allzu häufig.

Der Fall Kugel

erregt auch die Empörung einzelner bürgerlicher Blätter. Die meisten allerdings schweigen ihn tot — die „nationale Ehre“, das „Ansehen des Reichs“ gilt ihnen anscheinend nicht verletzt, da nur ein armes Proletarierweib vom mächtigen Zarenreich mißhandelt wurde. Da muß sich schon ein exotischer Staat am Eigentum eines „angesehenen deutschen Bürgers“ vergreifen. Das giebt dann Gelegenheit zu allerlei imposanten Flottendemonstrationen und lohnt sich.

Unter den Blättern, die die Affaire nicht totgeschwiegen haben, ist das Berl. Tageblatt fast das einzige, das aus Eigenem etwas dazu zu sagen hatte, die anderen haben sich mit der bloßen Wiedergabe, meist noch unter ausdrücklicher Abwälzung jeder Verantwortlichkeit auf die Königsb. Volks-Ztg. begnügt. Das Berl. Tagebl. beweist also schon ein für bürgerliche Blätter beachtenswertes Quantum an Mut, wenn es schreibt:

„Daß etwas an der Geschichte ist, geht aus folgenden Thatsachen hervor: Der Abgeordnete Bebel hat im Reichstag seiner Zeit Beschwerde über die widerrechtliche Verhaftung der Frau Kugel geführt. Von der Regierungsbank aus wurde die Bebelsche Darstellung nicht bestritten, vielmehr versprach die Regierung damals, der Sache auf den Grund zu gehen und später über den Sachverhalt Bericht zu erstatten. Da bisher weder im Parlament noch in der offiziösen Presse irgend eine Mitteilung über die Sache erschienen ist, wird man annehmen müssen, daß die Regierung zu einer Richtigstellung der Bebelschen Behauptungen bisher nicht in der Lage gewesen ist.

Ob nun die Mitteilungen des Königsberger Blattes über die weiteren Vorgänge bei der Affaire, insbesondere über die Beteiligung des deutschen Konsuls, zutreffend sind oder nicht, so viel dürfte feststehen, daß die Frau widerrechtlich monatelang in russischer Haft gehalten worden ist. Widerrechtlich war diese Freiheitsberaubung auch dann, wenn die Frau — was trotz ihrer gegenteiligen Versicherung nicht ausgeschlossen ist — in der That die russischen Druckschriftenschmuggler in Nimmersatt beherbergt hat. Die Frau deshalb irgendwie zur Rechenschaft zu ziehen, ist eine russische Behörde keinesfalls befugt. Seitens unserer Regierung wird unverzüglich eine eingehende und erweisliche Feststellung des Sachverhaltes erfolgen müssen. Ist diese nicht derart, daß sie die Darstellung des Königsberger Blattes und die Behauptungen des Abgeordneten Bebel in den Hauptpunkten entkräftet, so wird auch in nichtsozialdemokratischen Kreisen die Frage ein Echo finden, die der Vorwärts in einer Besprechung der Angelegenheit thut: „Glaubt die deutsche Regierung etwa, ihr Prestige nur Zwergstaaten wie Haiti und Venezuela gegenüber geltend machen zu sollen?“ Es wäre ein unerhörtes Armutszeugnis für die deutsche Regierung, wenn sie zugestehen müßte, sie sei gegenüber der widerrechtlichen Verhaftung und monatelangen Einkerkerung einer preußischen Bürgerin in Rußland einfach ohnmächtig!

Auch über das Verhalten des Konsuls in der Affaire wird erschöpfende Auskunft gegeben werden müssen. Wir wollen hoffen, daß sich die Angaben der Frau Kugel auch über diesen Punkt widerlegen lassen. Auf besonders starken Füßen steht diese Hoffnung freilich nicht.“

In einem zweiten Artikel sagte das Blatt zu den späteren Mitteilungen über die Verfolgungen, die der Ehemann der widerrechtlich Gefangenen auf deutschem Boden durch russische Schergen zu erdulden hatte:

„Die Erzählung von den russischen Häschern, die auf preußischem Grund und Boden einem preußischen Staatsbürger auflauern, um ihn mit Gewalt über die Grenze zu bringen, klingt ungeheuerlich. Aber wer die Verhältnisse an der russischen Grenze, und wer vor allem die Dreistigkeit der russischen Grenzbehörden kennt, wird die Geschichte nicht für unglaublich halten. Dergleichen Dinge sind schon öfter vorgekommen; die russischen Grenzbeamten wissen, daß sie für Grenzvergehen nur sehr geringe Strafen zu gewärtigen haben, wenn sie dabei nur Dienstiertes profitiert haben. Und bestraft werden sie auch nur, wenn die deutsche Regierung sich ins Mittel legt, was nicht immer geschieht. Es bedarf keines besonderen Nachweises, daß derartige Zustände unerträglich sind, und daß sie zugleich der Würde des deutschen Reiches ins Gesicht schlagen. Wir wiederholen: Die deutsche Regierung wird schleunigst an eine Aufklärung des Falles gehen und dafür sorgen müssen, daß den russischen Grenzbehörden endlich zu Gemüte geführt wird, wie weit ihre Amtsbefugnisse gehen. Wie wäre es übrigens, wenn Frau Kugel mit Rücksicht auf die ihr durch völkerrechtswidrige Einkerkerung widerfahrene körperliche und wirtschaftliche Schädigung mit Entschädigungsansprüchen an die russische Regierung heranträte? Unsere Diplomatie würde diese Entschädigungsansprüche bei den in Frage kommenden russischen Stellen zu vertreten haben; dann fände sie eine nicht üble Gelegenheit, den russischen Behörden die begangenen Völkerrechtsverletzungen der letzten Zeit angemessen vorzuhalten.“

Ob diese Forderung des Berliner Tageblatts in der übrigen bürgerlichen Presse Wiederhall finden wird? Oder ob sich zeigen wird, daß die Mißhandlung deutscher Bürger durch das Ausland das Bürgertum kalt läßt, wenn es sich nicht um einen von seinem Fleisch und Blut, sondern um Proletarier handelt, die vielleicht gar der Sympathie für den Umsturz, und sei es auch nur den Umsturz des zarischen Knutenregiments, verdächtig sind?

Deutsches Reich.

Berlin, 22. August. Zur Frage der Zuckerzölle wird der Magdeburger Zeitung aus Petersburg gemeldet: Die russische Regierung sei bereits diplomatisch davon verständigt worden, daß England und Frankreich die Einberufung einer neuen Zuckerkonferenz ablehnen; von Deutschland, Oesterreich und Italien stehen die Antworten noch aus.

— Zur Spalierbildung beim Kaiserbesuch in Posen am 3. September sind bis jetzt rund angemeldet: 9000 alte Krieger und Soldaten, 1900 Ansiedler, 17000 Personen (einschließlich Schulkindern) aus der Stadt und 10000 aus der Provinz Posen, so daß für diesen Zweck im ganzen 40000 Personen zur Verfügung stehen werden.

— Ein Ministerwechsel für Preußen wird angekündigt. Indes soll nicht etwa Herr von Rheinbaben, der geniale Heimpolitiker, gegangen werden. Vielmehr ist der Kriegsminister von Goßler der Auserwählte. Politische Gründe für seinen Abgang liegen nicht vor. Aber nach der Voss. Ztg. behaupten unterrichtete Personen, daß sich Herr von Goßler seit geraumer Zeit nicht mehr der besonderen Zufriedenheit des Kaisers erfreue. Auch sei anzunehmen, daß Herrn von Goßler die Ernennung des Generalmajors Budde zum Minister der öffentlichen Arbeiten nichts weniger als willkommen war.

Der Kaiser befiehlt, der Kanzler gehorcht. Die unter dieser Spitzmarke gestern von uns behandelten Enthüllungen der Münch. Post über die Vorgänge, die der Veröffentlichung des Kaisertelegramms vorausgingen, werden der Germania von einer Seite, „welche sich vorzüglicher Informationen erfreut“, vollinhaltlich bestätigt.

Auch ein Befehl des Kaisers? Die Berliner Morgenpost schreibt: Ein Freund unseres Blattes schreibt uns über das Offiziersfest, das zu Ehren des begnadigten Insterburger Duellanten in Gumbinnen stattgefunden hat:

„Von einer Seite, die dem früheren Regimente des Oberleutnants Hildebrand und seinem Offizierkorps nahesteht, erfahre ich soeben, daß die Veranstaltung beim Abschiede Hildebrands aus Gumbinnen direkt von dem Regimentskommando ausging. Das Regimentskommando hatte eine ihm übermittelte Aeußerung des Kaisers bei der Unterfertigung des Begnadigungsaktes einem Befehle gleich geachtet. Die Vorgesetzten Hildebrands haben sich offiziell an den Abschiedsfeierlichkeiten im Kasino beteiligt.“

Kann er noch schweigen? Herr v. Rheinbaben wird jetzt von Herrn Löhning direkt der Unwahrheit bezichtigt. Aus Berlin wird berichtet:

Geheimrat Löhning sendet der National-Zeitung eine Erklärung, in der er die Behauptung in dem offiziellen Kommuniqué der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, daß für seine Versetzung in den Ruhestand seine Haltung zur Polenpolitik entscheidend gewesen sei, gestützt auf die in seinem Exposé enthaltenen Thatsachen als unwahr zurückweist.

Mit dem Gottesfrieden, den die Köln. Zeitung für den Minister der Finanzen wünschte, ist's also nichts! Jetzt hat er sich durch seine Erklärung, nichts sagen zu wollen vor dem Zusammentritt des Landtags, in eine schöne Klemme gesetzt.

Den Rekord in der Soldatenschinderei bedeutet wahrscheinlich das Verfahren eines Unteroffiziers Johann K. vom Infanterie-Regiment Nr. 19, den das Kriegsgericht zu Glogau wegen Mißhandlung von Untergebenen in 135 und vorschriftswidriger Behandlung in 52 Fällen zu fünf Monaten Gefängnis verurteilte.

Oesterreich-Ungarn.

Alldeutsches Kneifen. Der alldeutsche Reichsratsabgeordnete Dr. Schalk, gegen den bekanntlich vom Abgeordneten K. H. Wolf beim Linzer Bezirksgerichte die Ehrenbeleidigungsklage überreicht wurde, hat gegen die Erhebung der Anklage Einspruch erhoben, da es sich um verjährte Delikte handelt. Das Obergericht hat nun in Entscheidung dieses Einspruches erkannt, es müsse dem Urteile des Verhandlungsrichters vorbehalten bleiben, zu entscheiden, ob die unter Anklage gestellten Fakten verjährt sind oder nicht und den Einspruch daher abgewiesen. Die Verhandlung gegen Dr. Schalk kann, da der betreffende Referent gegenwärtig auf Urlaub ist, erst im September durchgeführt werden.

Ein tapferer Mann, dieser Korruptionsvernichter Schalk.

Italien.

Zwei Gesetzentwürfe. Der Justizminister hat die Ausarbeitung des Ehescheidungsgesetzes fertig gestellt, und beschäftigt sich jetzt mit dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung der Vaterschaft unehelicher Kinder. Beide Gesetzentwürfe sollen im November dem Parlament unterbreitet werden.

England.

Richter Bighams Urteil. Die walisischen Bergarbeiter haben gegen das Urteil der ersten Instanz Berufung eingelegt. Sie ersuchten den Appellationshof um Beschleunigung, wurden aber abgewiesen. Die Berufung kommt erst in 9 oder 10 Monaten zur Verhandlung. Bis dahin haben sich die Bergleute verpflichtet, keine stop days (Einstellungstage) anzuordnen.

Frankreich.

Eine zweischneidige Maßregel. Es heißt, die Regierung beabsichtige, durch die Erfahrungen der letzten Wochen veranlaßt, einen Gesetzentwurf einzubringen, der die Absetzbarkeit der Richter unter gewissen Bedingungen zum Gegenstande hat.

Rußland.

Die „Reformen“. Amtlich wird bekannt gegeben, daß die Landpolizei im Gouvernement Poltawa, wo Bauernunruhen ausgebrochen waren, für drei Jahre erheblich verstärkt worden ist.

Ein vertrauliches Zirkular des russischen Ministers des Innern, das die Ueberwachung und Bekämpfung der revolutionären Propaganda betrifft und sämtlichen Gouverneuren zur Kenntnisnahme übersandt worden ist, wird von der Münchner Allg. Ztg. veröffentlicht. Es enthält nichts weiter, als Einschärfung strenger Beobachtung.

Türkei.

Bulgarische Beschwerde. Der bulgarische Geschäftsträger verlangte von der Pforte die Freilassung von sechshundert in den Gefängnissen von Saloniki, Monastir und Ueskueb inhaftierten Bulgaren, die nur auf den Verdacht hin, dem makedonischen Komitee anzugehören, verhaftet wurden.

---

flammerte, je minder man es im Hause ehrte. Denn ob sie nun lachte, ob sie sang — beides hier Vergehen! — immer war es Ruperts höhnisches Wort: „Die ganze Mutter, das Blut, ja das Blut!“ und immer ward Salome dann doppelt hart und abweisend gegen sie. Was konnte die Tote begangen haben? War es vielleicht nur, daß sie ihre Gabi lieb gehabt? Oder war es vielleicht eine Schuld, überhaupt nur arm gewesen zu sein? Denn der Ohm mochte sie nicht; das wußte die Kleine, das sah sie klar, wenn es auch manchmal scheinen wollte, als schliefe in der Tante eine geheime Zärtlichkeit für sie. Aber warum strich sie ihr dann nie das Haar? Warum küßte sie nie den Mund des Kindes? Bin ich vielleicht garstig geworden? dachte sie anfangs. Darüber tröstete sie aber ihr Abbild, das sie vom Weiher her grüßte und das sie häufig und gerne begucke. Denn sie wußte um ihre Schönheit, die man ihr früh und laut genug gepriesen, und sie freute sich damit, wie mit jeder Liebkosung, jedem holden Worte, das ihr wurde, wenn sie über den Hof ging. Sie mußte gesetzte Schritte dabei machen, das forderte die Tante, und der Oheim hatte für jede heftigere Bewegung jene hämische Bemerkung, die sie so haßte und die ihr den ganzen Mann so widerwärtig machte. Denn eine starke Leidenschaftlichkeit schlief in ihr. Sie konnte ehrlich lieben und ehrlich feind sein schon in jungen Jahren. Und nichts vertieft ein Gefühlsleben so, wie die Einsamkeit.

(Fortsetzung folgt.)

Heiteres.

Eine Charakteristik der Finanz- und politischen Größen der Vereinigten Staaten veröffentlicht ein amerikanisches Blatt, indem es folgende Liste aufstellt, die wird der Täglichen Rundschau entnehmen: „Russell Sage. Vermögen: 100 Millionen Dollars. Vater der Sparsamkeit, Großvater der Wirtschaftlichkeit. 86 Jahre alt. War bereits dem Tode nahe, befand sich aber rasch und befindet sich jetzt besser als früher. Hat niemals Ferien. Sein Hauptvergnügen ist, Geld zu machen und es für sich zu behalten. — John D. Rockefeller. Vermögen: 200 Millionen. Hat ein Alter von 63 Jahren und einen Kopf, der so glatt ist wie ein Billardball. Verdaut schlecht und ißt noch schlechter. Amüsiert sich damit, die Haare auf seinem Kopfe wachsen zu fühlen und hin und wieder einmal Golf zu spielen. — William C. Whitney. Vermögen: 50 Millionen. 61 Jahre alt. Von Profession ein lustiger Kerl, liebt er Pferderennen, Regatten, Billard- und Golfspiel. — Andrew Carnegie. Vermögen: 300 Millionen. Hat ein Alter von 65 Jahren und Bücher, die von ihm selbst geschrieben sind. Vater der amerikanischen Litteratur, aber natürlicher Vater. Sein größtes Vergnügen ist, Bibliotheken zu verschenken und manchmal Golf zu spielen oder spazieren zu gehen. — George Jay Gould. Vermögen: 300 Millionen. Hat ein Alter von 44 Jahren und eine Bauerngesundheit. Arbeitet nur, wenn es ihm paßt, und denkt, daß ein durch den Verkauf von Mausefallen erworbenes Vermögen ebenso gut ist, wie irgend ein anderes, besonders wenn es schließlich dreihundert Millionen beträgt. Liebt Regatten, Polo, Billard und Automobilsport. — August Belmont. Vermögen: 40 Millionen. Ist 49 Jahre alt und gesund, arbeitet aber zu viel, unter dem Eindruck, daß 40 Millionen immer noch 100 werden können. Zu seinen Lieblingssachen gehören: Golf, Rennen, Regatten, Billard und Tausenddollars-Scheine. — John W. Gates. Vermögen: 20 Millionen. Alter: 54 Jahre. Sein Hauptvergnügen ist, recht viel Geld zu verlieren bei dem Versuch, den Maisbau zu monopolisieren. Kennt alle Kniffe der Spiele und ist tief betrübt, daß es nicht noch mehr von der Sorte giebt. — James R. Keene. Vermögen: 25 Millionen. Hat ein Alter von 64 Jahren und ebensoviel Rennpferde. Sein Hauptvergnügen ist, Geschäfte zu machen, und sein Hauptgeschäft, sich Vergnügen zu machen. — Theodor Roosevelt. Vermögen: 600000 Dollars. Panthersjäger a. D. Sein Hauptvergnügen ist, Botschaften an den Kongreß zu senden; sein Lieblingsgedanke: Ach, nur noch einmal Präsident werden! — J. Pierpont Morgan. Vermögen: 100 Millionen. Alter: 65 Jahre. Stiergesundheit. Wenn er vom Geschäft müde ist, pendelt er durch die Welt. Kauft alles, was käuflich ist. Gegenwärtig hat er Absichten auf den Planeten Mars. — David B. Hill. Vermögen: 100000 Dollar. Kerngesund, aber Demokrat. Besonderes Kennzeichen: Ist in Cleveland verliebt. — Thomas C. Platt. Vermögen: 750000 Dollars. Steinalt; hat aber noch mehr als 7 Haare auf dem Kopfe. Steht mit einem Fuße in ... der Politik und mit dem anderen in ... der Politik. Spielt ... seinen Gegnern schlimme Streiche.“

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020822/2
gefördert von der
Deutschen Forschungsgemeinschaft
DFG